

Dr. Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 11.11.2019

zu Ltg.-828/A-4/102

-Ausschuss



Herrn Präsident
des NÖ Landtages
Mag. Karl Wilfing

St. Pölten, am 11. November 2019

LHSTV-P-L-397/144-2019

im Hause

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage der Abgeordneten Ina Aigner betreffend Verhinderung der Inbetriebnahme der Reaktoren 3 und 4 des AKW Mochovce, zu Zahl Ltg.-828/A-4/102-2019, darf ich folgende Beantwortung, sofern mein Zuständigkeitsbereich betroffen ist und dies dem Anfragerecht unterliegt, übermitteln:

Gerade betreffend der Reaktoren 3 & 4 des Atomkraftwerkes Mochovce wurden zahlreiche politische Initiativen, Einwendungen und Fachstellungen aus Sicht des Landes NÖ für die in den Jahren 2009 und 2010 geführten und abgeschlossenen grenzüberschreitenden Verfahren eingebracht. Die Fachstellungen wurden auf der Internetseite des Landes NÖ genauso veröffentlicht wie darüber hinausgehende Informationen und Studien über mögliche sicherheitsrelevante Aspekte am Standort des Atomkraftwerkes Mochovce.

Das Land Niederösterreich ist von Beginn an entschieden gegen dieses Atomkraftprojekt aufgetreten. Daher darf an dieser Stelle eine chronologische Auflistung der Niederösterreichischen Aktivitäten betreffend der Reaktoren 3&4 des AKW Mochovce angeführt werden:

- 05/2007 gemeinsames Schreiben an BM Pröll durch die Anti-Atombeauftragten der Bundesländer NÖ, OÖ, und Wien zu den Ausbauplänen AKW Mochovce 3&4



- 01/2008 Resolutionsantrag zu Ltg.-992/B-3-2008 betreffend „UVP Verfahren Kernkraftwerk Mochovce“ in dem die Parteistellung der Republik Österreich verlangt wird
- 10/2009 Stellungnahme des Landes Niederösterreich im Rahmen der Umweltverträglichkeitserklärung für das Vorhaben „Inbetriebnahme einer neuen Kernkraftanlage am Standort Mochovce - Blöcke 3&4“, in der auf erhebliche Sicherheitsmängel hingewiesen wurde
- 11/2009 Resolutionsantrag Ltg.-343/B-42/1-2009 betreffend „NÖ Position zur Anti-Atom-Politik“
- 06+08/2010 zwei Beschwerden bei der EU-Kommission gegen die Slowakische Republik durch das Land Niederösterreich wegen möglicher Nichtbeachtung von Gemeinschaftsrecht in Zusammenhang mit dem AKW Mochovce (AZ CHAP(2010)02035-Slowakei)
- 03/2011 Studie „Sicherheitsfragen KKW-Projekt Mochovce 3&4“, Institut f. Sicherheits- und Risikowissenschaften, BOKU Wien von Land NÖ beauftragt; zeigt gravierende Sicherheitsmängel auf und wird im Jänner 2012 an Premierministerin Iveta Radicova und Umweltminister Jozsef Nagy durch LR Dr Pernkopf übermittelt und im Februar 2012 persönlich an BM Berlakovich übergeben
- 04/2011 mit Antrag Ltg.-808-1/A-3/59-2011 fordert der NÖ Landtag einen raschen Ausstieg der Slowakei aus der Energiegewinnung mit Kernkraft
- 02/2012 Resolutionsantrag Ltg.-1090/A-1/81-2012 betreffend Verhinderung der Inbetriebnahme des slowakischen Atomkraftwerkes Mochovce 3 und 4 sowie Ökologisierung der Elektrizitätsabgabe“
- 09/2012 Studie „KKW-Projekt Mochovce 3&4 im Licht der Nuklearkatastrophe von Fukushima“, Institut f. Sicherheits- und Risikowissenschaften, BOKU Wien veröffentlicht, von allen Bundesländern beauftragt
- 2/2014 Fachstellungnahme „Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente am KKW-Standort Mochovce“, BMNT und Land NÖ
- 06/2018 auf Einbringen von NÖ einstimmiger Beschluss der LandesumweltreferentInnenkonferenz „Ausbaustopp der Kernenergie in Österreichs Nachbarstaaten“

- 04+06/2019 auf Einbringen von NÖ einstimmiger Beschluss der LandesumweltreferentInnenkonferenz „Stopp der Inbetriebnahme der AKW-Blöcke Mochovce 3&4“

Zu Frage 1:

Mit Schreiben vom 15. Juli 2019 wurde Frau Bundeskanzlerin Dr. Brigitte Bierlein, im Auftrag von Herrn LH-Stv. Dr. Stephan Pernkopf, vom Amt der NÖ Landesregierung angeschrieben und der Beschluss vom 23. Mai 2019 „AKW Mochovce – Verhinderung der Inbetriebnahme und Fertigstellung der Reaktoren 3 und 4“ mit dem Ersuchen übermittelt sich für den Beschluss des NÖ Landtages einzusetzen und die zuständigen Bundesstellen damit zu befassen.

Dieses wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung am 4. September 2019 zur Kenntnis gebracht und dem zuständigen Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) übermittelt.

Eine Beantwortung durch das fachlich zuständige BMNT erfolgte mit Schreiben vom 26. September 2019.

Zu Frage 2:

Der slowakischen Regierung wurde von österreichischer Seite dringend empfohlen, die Reaktoren von Expertinnen und Experten der Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) überprüfen zu lassen. Eine Mission der IAEO muss grundsätzlich vom betroffenen Staat, im Falle eines Kernkraftwerks, vom Betreiber des Kernkraftwerks beantragt werden. Bereits am 24. Mai 2019 hat die slowakische Aufsichtsbehörde ÚJD bestätigt, dass eine Überprüfung durch die IAEO im Spätherbst 2019 stattfinden wird (pre-OSART [Operational Safety Review Team] Mission). Die Auswahl der Expertinnen und Experten ist der IAEO vorbehalten.

Zu Frage 3:

Bereits beim Besuch der damaligen Bundesministerin Köstinger in Bratislava am 12. März 2019 hat der slowakische Wirtschaftsminister Žiga zugesichert, dass die Blöcke 3 und 4 des KKW Mochovce nicht ans Netz gehen werden, solange es noch Sicherheitsbedenken gebe. Österreich wurde dafür maximale Transparenz und

Einbindung garantiert. Mit Ministerratsbeschluss vom 13. März 2019 forderte die damalige Bundesregierung, dass die Inbetriebnahme erst dann erfolgen darf, wenn alle vernünftigerweise durchführbaren Sicherheitsverbesserungen nachweislich erfolgt sind und alle Unzulänglichkeiten und Mängel nachweislich behoben wurden.

Zu Frage 4:

Völkerrecht wie Europarecht ermöglichen grundsätzlich die freie Wahl der Energieträger. Folglich gibt es derzeit nach Auffassung zahlreicher Rechtsexpertinnen und Rechtsexperten kein spezielles Rechtsmittel zur Verhinderung von Kernkraftwerken oder der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, sofern die genehmigende Behörde die geltenden Rechtsvorschriften anwendet und, im Falle eines EU-Mitgliedstaates, EU-Recht eingehalten wird.

Zu Frage 5:

Laufend aktualisierte Informationen betreffend das Atomkraftwerks Mochovce finden sich auf der Website des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (www.bmnt.gv.at/umwelt/strahlen-atom/antiakwpolitik/grenznahe-akw.html) sowie auf der Internetseite des Landes (www.noel.gv.at/anti-atom).

Mit freundlichen Grüßen

LH-Stv. Dr. Stephan Pernkopf eh.